Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	402 - Amt für Informationstechnik und Digitalisierung
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Daniel Heymann +49 202 563 4509 daniel.heymann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	15.11.2022
	Drucks.-Nr.:	**VO/1384/22** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
13.12.2022	**Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW**	**Empfehlung/Anhörung**
15.12.2022	**Hauptausschuss**	**Empfehlung/Anhörung**
19.12.2022	**Rat der Stadt Wuppertal**	**Entscheidung**

Zusätzlicher Mittelbedarf im Bereich der Porto- und der Wartungskosten sowie Mehrkosten für das Rechenzentrum

Grund der Vorlage

Die städtischen Portokosten, sowie die Wartungskosten erreichen für das Haushaltsjahr 2022 eine Höhe, die die Genehmigung überplanmäßiger Mittel erforderlich macht. Für das 2. Rechenzentrum werden im Haushaltsjahr 2023 Mehrkosten erwartet.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wuppertal genehmigt zur Finanzierung der Portokosten des Jahres 2022 überplanmäßige Mittel in Höhe von 470.000 €, sowie zur Sicherstellung des laufenden Wartungsbetriebes überplanmäßige Mittel in Höhe von 300.000 €.
Darüber hinaus genehmigt der Rat die Mehrkosten aus dem Rechenzentrumsbetrieb in Höhe von 157.500 € für das Haushaltsjahr 2023.

Einverständnisse

Entfällt.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

1. **<u>Portokosten</u>**
   Die Deutsche Post hat das Briefporto (Standardbriefe, Einschreiben usw.) zum 01.01.2022 um durchschnittlich 6,25 % erhöht sowie ab 01.07.2022 das Porto für Pakete um ca. 6 % bei einer gleichzeitig reduzierten Rabattierung aus dem Entfall des sog. Infrastrukturrabattes.
   Außerdem fielen in diesem Jahr deutlich erhöhte Portokosten für das Versenden der Wahlunterlagen zur Landtagswahl sowie der Unterlagen zum Bürgerentscheid über die Bundesgartenschau an. Hierfür wurden zwar pauschal zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, die aber (aufgrund der o. g. Preissteigerungen) nicht ausreichend waren. Des Weiteren sind insbesondere zu Beginn des Jahres coronabedingt erhöhte Portokosten für das Versenden von Postzustellungsurkunden aus dem Gesundheitsamt angefallen.

2. **<u>Wartungskosten</u>**
   Die Kosten für Wartung und Pflege von Soft- und Hardware sind im Haushaltsjahr aufgrund neuer Anwendungen, sowie größerer Lizenzmengen deutlich gestiegen. Es wurden und werden diverse Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit umgesetzt, insbesondere der Aufbau einer Segmentierungsfirewall und der Austausch der Periemeterfirewall. Hierfür wurden auch die erforderlichen Investitionsmittel zur Verfügung gestellt, jedoch noch nicht die nötigen Mittel zur Bestreitung der Folgekosten aus Wartung und Pflege der Systeme und Lösungen. In der nächsten regulären Planung werden die Mittel angemeldet, für 2023 besteht jedoch ebenfalls bereits der Bedarf. Die Notwendigkeit lässt sich bereits in 2022 ablesen, da die Maßnahmen sich hier bereits auswirken und eine überplanmäßige Bereitstellung notwendig machen. Ein weiterer Aufwandstreiber sind diverse Preisanpassung (zwischen 2-4 %, Tendenz für das Folgejahr deutlich steigend aufgrund der hohen Inflation).
   In Folge der oben genannten Entwicklungen werden die 300.000€ dringend benötigt, um laufende Verträge und Verbindlichkeiten in diesem Haushaltsjahr bezahlen zu können.

3. **<u>Rechenzentrum</u>**
   Die geplanten und notwendigen Investitionen für den Rechenzentrumsbetrieb, welche mit der Drucksache VO/0644/21 im Mai 2021 beschlossen wurden, werden aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen höher ausfallen als ursprünglich geplant und müssen um eine weitere Maßnahme ergänzt werden. Ursprünglich geplant im Jahr 2023 war der Austausch der internen Virtualisierungscluster (ESX-Cluster), bei beiden Rechenzentren. Die Maßnahme war kalkuliert mit 850.000 Euro. Die Mehrkosten sind eine Folge der aktuell hohen Inflation und Lieferkettenprobleme, begründet durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg. Bislang konnten die Mehrkosten noch durch günstige Rahmenverträge und Vergabeergebnisse ausgeglichen werden. Markterkundungen zeigen jedoch, dass relevante Kostensteigerungen in Höhe von 15% oder mehr nicht zu vermeiden sein werden. Damit ergibt sich hier ein Mehrbedarf von 127.500 Euro. Mit der Maßnahme wurde bisher noch nicht begonnen, weil sie für 2023 eingeplant war.

   Zusätzlich werden für eine bessere Absicherung der städtischen Onlinedienste eine Web Application Firewall benötigt. Die Kosten belaufen sich auf 30.000 Euro.

Im Jahr 2024 wird der Aufbau des zweiten Rechenzentrums mit dem Tausch der externen Virtualisierungscluster (ESX) abgeschlossen werden. Diese Maßnahme wird rechtzeitig in den Haushalt eingebracht.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

☒ neutral /nein

☐ ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgeanpassung, da es sich nur um die Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln handelt um Preissteigerungen zu kompensieren.

Kosten und Finanzierung

1. Der Planansatz im Jahr 2022 für die Portokosten beträgt 1.870.000,- €.

   Zum Begleichen der Portokosten bis zum Jahresende werden daher zusätzlich 470.000,- € benötigt, die überplanmäßig bereitgestellt werden müssen.

2. Der Planansatz im Jahr 2022 beträgt für die Wartungskosten 2.042.070,-€.

   Um die laufenden Kosten des Jahres decken zu können werden 300.000,-€ überplanmäßig benötigt. Die Finanzierung ist im Rahmen der weiteren Haushaltsführung sicherzustellen.

3. Der Planansatz für das 2. Rechenzentrum im Haushaltsplanentwurf für 2023 beträgt 850.000 € und soll nun auf 1.007.500 € erhöht werden. Die jährlichen Kosten der Firewall ab 2024 sind im Rahmen Haushaltsplanung 2024/2025 anzumelden.